

Geld für Asylwerber, aber Sparen bei den Tirolern

Die schwarz-grüne Landesregierung hält unverdrossen an ihrem Kurs fest. Bei Asylwerbern fließt das Steuergeld in Hülle und Fülle, dafür wird bei Sozialvereinen gespart, die in Not geratenen Tirolern helfen, kritisiert Tirols FPÖ-Landesparteiobmann Markus Abwerzger.

S. 13



Foto: FPÖ

Europas mühsame Problemlösungen

Salzburger Gipfel brachte wenig Bewegung zu Einwanderungs- und Brexit-Frage S. 2/3



Der „Tag des Sports“ als Motivationsveranstaltung

Sportminister HC Strache will Österreicher zu mehr Sport bewegen – S. 4/5

PARLAMENT

„Pam“ soll's richten

SPÖ-Parteichef Christian Kern verspürte den Ruf Europas und will anstatt in der Löwelstraße im kommenden Jahr in der Beletage des Brüsseler Parlaments residieren. Daher soll seine „Entdeckung“ Pamela Rendi-Wagner die Partei für Wählerfolge ertüchtigen. S. 6

AUSSENPOLITIK

Migrationsabkommen

Ende Oktober will die UNO ihr „Globales Abkommen für sichere, geordnete und reguläre Migration“ verabschieden. Die USA und Ungarn sind bereits abgesprochen, denn es mehrt sich die Kritik an dieser einseitigen „Förderung der Einwanderung“. S. 8/9

WIEN

FPÖ-Erfolg für Wiener

In der letztwöchigen Sitzung hat die Wiener Landesregierung einstimmig den Verkauf von 2.000 Sozialwohnungen der WBV-GFW an einen Finanzinvestor untersagt. Die FPÖ sieht sich nach monatelanger Kritik an dem mysteriösen Geschäft bestätigt. S. 11

MEDIEN

Arbeitsverweigerer

Deutsche Journalisten haben die jüngste „Umfrage“ des „Integrationsbarometers“ hochgejubelt. Hätten sie nur kurz einmal das „Kleingedruckte“ dieser „Studie“ gelesen, wären sie wohl draufgekommen, dass hier billigste Manipulation betrieben wird. S. 14



AUS DER
REDAKTION

Andreas Ruttinger
andreas.ruttinger@fpoe.at

Faschingsbeginn ist zwar erst am 11. November, aber Noch-Parteichef Christian Kern hat das närrische Treiben in der SPÖ schon jetzt ausgelöst.

Nur was Kern in Zukunft will, scheint er selbst noch nicht zu wissen. Zunächst einmal SPÖ-Spitzenkandidat, ehe er die Entscheidung dann doch wieder der neuen Parteiführung überließ.

Roter Fasching

Um als Spitzenkandidat der Europäischen Genossen ins Rennen gehen zu können, braucht es, laut Statut, 25 Prozent der sozialdemokratischen Parteien aus den EU-Ländern, also sieben, die ihn unterstützen. Mühsame Arbeit, war dann auch nicht mehr Kerns vordringliches Anliegen.

Ist er deswegen zur Zeit in Kanada, um eine Alternative zu suchen? Als CETA-Lobbyist seines „Freundes“ und kanadischen Präsidenten Justin Trudeau? Schließlich wollte er doch den Freihandelsvertrag mit den Kanadiern um jeden Preis abschließen.

Klarer als Kerns Auftrag ist der seiner Nachfolgerin Pamela Rendi-Wagner. „Pam“, so die kumpelhafte Abkürzung unter den GenossInnen, soll die Partei aus der neoliberalen Irrlichterung heraus- und auf den wahren Weg des Sozialismus zurückführen.

Traut man ihr das zu, weil sie erst vor eineinhalb Jahren der Partei beigetreten und noch nicht „Seilschaften-verdorben“ ist?

Oder weil der mächtige Wiener SPÖ-Chef Michael Ludwig ihr – oder ihren Gegnern? – gönnerhaft gedroht hat, sie braucht sich „keine Sorgen“ zu machen?

Bedrohlich ist allerdings auch etwas ganz anderes: Aschermittwoch ist 2019 erst am 6. März.

Brüssel jubelt, weil EU im S

Salzburger Gipfel war geprägt von der guten Atmosphäre – aber ohne For

Wenn EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker mit einem EU-Gipfel zufrieden ist, ist Vorsicht geboten. Denn der in Brüssel ungeliebte Vorstoß Österreichs zum Stopp der illegalen Einwanderung ist ins Stocken geraten, und die Union ist bei den Brexit-Verhandlungen noch geeint auf einem Bestrafungskreuzzug unterwegs.

In der Einwanderungsfrage zementieren sich die Gegner der vom österreichischen Ratsvorsitz vorgebrachten Verschärfungen ein. Luxemburgs Premierminister Xavier Bettel übernahm geradezu das Vokabular der Asylindustrie und sah sich bemüht, vor einer „Entmenschlichung der Debatte“ zu warnen. Damit bezog er sich allerdings nur auf den Umgang der EU mit den illegalen Einwanderern, aber nicht deren Umgang mit der Bevölkerung in den europäischen Aufnahmeländern.

Nicht existente Flüchtlingskrise?

UNO-Flüchtlingskommissar Filippo Grandi kritisierte grundsätzlich die Diskussion darüber in Europa: „Wir reden die ganze Zeit über eine Flüchtlingskrise in Europa, die so gar nicht existiert.“ Die knapp 300.000 Erstasylanträge, die in den 28 EU-Mitgliedsländern in den ersten sechs Monaten registriert wurden, scheinen dem Herrn keine Diskussion wert, wie auch nicht die stark steigenden Zahlen von Aufgriffen illegaler Einwanderer in Griechenland und Spanien.

Die ständige „Problematisierung der Migration“ schüre lediglich eine Atmosphäre der Angst, meinte Grandi. Und das stärke lediglich die

Gegner der Migration: „Ich hoffe, dass zumindest einige europäische Staaten einwilligen, die Boote in die Häfen zu lassen, die Schutzbedürftigkeit beschleunigt zu prüfen und die Schutzberechtigten dann auf aufnahmebereite Länder zu verteilen.“

Diese PR-Rede Grandis für das „Marrakesch-Abkommen“ (siehe dazu Seiten 8 und 9) zeigte Wirkung bei einigen Gipfelteilnehmern.

Brüssels Hintergedanken

Keinen großen Gefallen hatte die EU-Kommission mit ihrem Vorschlag zum Außengrenzschutz bewirkt. Die Aufstockung der EU-Grenztruppe Frontex auf 10.000 Mann und eine bessere Ausstattung waren im Interesse aller. Aber EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat in seiner Zentralisierungsstrategie noch eins draufgesetzt: Die EU-Länder sollen dafür Souveränitätsrechte an die der Kommission unterstehenden Grenzschutztruppe abtreten. Damit hat er die Ablehnung des Vorschlags in Ungarn oder Italien geradezu provoziert.

Daher werde auch Österreich dem Drängen der EU auf ein Ende der Grenzkontrollen nicht



Foto: nzz.at

Auf dem informellen Gipfel der EU-Staatschefs von Kanzler Sebastian Kurz in der

so schnell nachkommen, stellte FPÖ-Innenminister Herbert Kickl klar: „Österreich wird seine Grenzkontrollen so lange aufrechterhalten, bis es einen Außengrenzschutz nicht nur auf dem Papier, sondern auch faktisch gibt.“

Brexit: Strafen oder verhandeln?

Noch verfahrenere ist die Situation bei den Austrittsverhandlungen mit Großbritannien, weil sich die Zentralisten in Brüssel, Frankreichs Präsident Emmanuel Macron und die deutsche Kanzlerin Angela Merkel nicht von ihrem Bestrafungsfeldzug



SPITZE FEDER Rote Wunderheilerin.

IMPRESSUM Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) –
Die Freiheitlichen, Bundesparteileitung,
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien;
Freiheitlicher Parlamentsklub,
Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien

Geschäftsführung: Ing. Mag. Joachim Stampfer
Geschäftsführung, Redaktion, Verwaltung:
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel.: 01 512 35 35 0, Fax: 01 512 35 35 9

E-Mail Redaktion: redaktion.nfz@fpoe.at
E-Mail Verwaltung: jana.feilmayr@fpoe.at
Abo-Anfrage: 01 512 35 35 29

Druck: Mediaprint Zeitungsdruckereigesellschaft m. b. H. & Co. Kommanditgesellschaft, Wien

Die NFZ erscheint wöchentlich. Einzelpreis: € 0,80;
Bezugsgebühr halbes Jahr: € 15 (inkl. 10 % MwSt.);
Auslandsjahresbezug: € 73
BIC: OPSKATWW
IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
Es gilt NFZ-Anzeigenpreisliste Nr. 16.
Verlags- und Herstellungsort: Wien

Grundlegende Richtung: Informationsblatt der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen und des Freiheitlichen Parlamentsklubs.

Stillestand verharret

Schritte zu illegaler Einwanderung und Brexit



Staats- und Regierungschefs hat Kommissionspräsident Juncker die Anstöße der illegalen Einwanderung noch einmal abbremsen können.

gegen die aufmüppigen Briten verabschieden wollen.

Donald Tusk, der Präsident des EU-Rates, hat den Chequers-Plan der Briten abgelehnt, mit dem Premierministerin Theresa May das Land politisch und wirtschaftliche „nahe an der EU“ halten will. In seiner Argumentation zielte er weniger auf die Details des Plans ab, als vielmehr auf die Befürworter des Brexit selbst: „Diejenigen, die erklären, dass sie ohne Europa leicht leben können, sind Lügner.“

Tusk lehnte auch das vorgesehene gemeinsame Regelwerk für Wa-

ren und einen reibungslosen Handel durch maßgeschneiderte Zollregelungen ab. Scheinheilig, weil es das mit anderen Staaten gibt und sich Brüssel gegenüber den USA als Verteidiger des Freihandels gebärdet. Diesen bräuchte die EU viel nötiger als London. Denn die EU erzielte zuletzt mit dem Königreich einen Handelsbilanzüberschuss von 120 Milliarden Euro. Auch will Brüssel unbedingt die Grenze zwischen dem britischen Nordirland und dem EU-Mitglied Irland offen halten – aber auch das geht nur mit einem Freihandelsabkommen.

KURZ UND BÜNDIG



Foto: Parlament/Markus Schmalz

Grüner im „schwarzen Block“

Im Umfeld des EU-Gipfels in Salzburg gab es umfangreiche Demonstrationen, zu denen auch der militante, gewalttätige „Schwarze Block“ der „Antifa“ angereist war. „Diese Truppe wurde von einem grünen EU-Mandatar, nämlich Michel Reimon, auch noch unterstützt“, kritisierte FPÖ-Generalsekretär Christian Hafenecker (Bild). Wer an solchen Gewaltakten – und das auch noch gegen seinen Arbeitgeber, die EU – teilnehme, sei als Mandatar untragbar, betonte Hafenecker und forderte Reimons Rücktritt.

Wieder mehr Sport im ORF

Sportminister HC Strache und Medienminister Gernot Blümel (Bild) kündigten diese Woche an, die Liste der Ereignisse überarbeiten zu wollen, die im „Free-TV“ zu sehen sein sollen. „Diese Liste wollen wir uns ansehen und sie nach Möglichkeit adaptieren“, sagte Sportminister HC Strache. Sportliche und kulturelle Veranstaltungen von besonderer Relevanz sollen zukünftig den österreichischen TV-Zusehern zugänglich gemacht werden, ohne dass sie dafür einen Bezahlsender abonnieren müssen.



Foto: BKA/Andy Wenzel

Neos behindern Aufklärung

Da die Neos gegen eine zur Befragung vor dem Eurofighter-Untersuchungsausschuss geladene Person Anzeige eingebracht haben, machte diese auch Gebrauch von ihrem Entschlagsrecht. Der Fraktionsvorsitzende der FPÖ in diesem U-Ausschuss, Reinhard Bösch (Bild), ortete deshalb „mangelndes politisches Denkvermögen“ bei der Partei: „Fakt ist, dass die Neos mit derartigen Aktionen die Aufklärungsarbeit massiv behindern. Auskunftspersonen vor deren Befragungen anzuzeigen und somit eine Aussage zu verhindern, ist nicht im Sinne der Transparenz, die von den Neos sonst hochgehalten wird.“



Foto: FPÖ

AUFSTEIGER ↗



Foto: FPÖ

FPÖ-Generalsekretär und EU-Abgeordneter Harald Vilimsky, der Christian Kerns widersprüchliche Europaparlaments-Karriereabsichten (Spitzenkandidat – Verweis auf SPÖ-Gremien; ES-Spitzenkandidat – Rückzieher) aufdeckt.

ABSTEIGER ↘



Foto: NZZ

Vielleicht-SPÖ-Spitzenkandidat zur EU-Wahl Christian Kern, der mit seinem Wechsel nach Brüssel seine wahren Beweggründe offenbart hat: Nach Verlust des Kanzlergehalts will er wohl als Entschädigung das des EU-Parlamentspräsidenten.



Foto: LPD Wien/Bernhard Ebner

BILD DER WOCHE Innenminister Kickl bewies bei einem gemeinsamen Lauf mit Polizeischülern in Kaisermühlen seine Kondition.



Sportförderer öffentlicher Dienst: Innenminister Herbert Kickl mit seinen erfolgreichen Polizisten (oben) und Sportminister HC Strache mit Rodel-Doppelweltmeister Wolfgang Kindl vom Bundesheer (unten)



Foto: Immediat/Mike Ranz

„Selfie“ mit zwei Torjägerlegenden: Der ehemalige Mittelstürmer des FC



Geehrt und vom Publikum gefeiert wurden erfolgreiche Versehrten-sportler wie die 17-fache WM-Medaillengewinnerin Claudia Lösch (oben) genauso enthusiastisch wie der siebenfache Gesamtweltcup-sieger Marcel Hirscher (unten).



Bewegungsmotiva

An die 400.000 Besucher drängten zur Leistungss

Am 22. September wurde der „Tag des Sports“ zum 18. Mal vom Sportministerium in Kooperation mit der Bundes-Sportorganisation veranstaltet. Ursprünglich als Ehrentag für die erfolgreichen Sportler des Jahres durch die Republik gedacht, entwickelte sich daraus die größte Open-Air-Breitensport-Veranstaltung in Europa.

Der 18. „Tag des Sports“ im Wiener Prater hatte bei freiem Eintritt viel zu bieten: Autogrammstunden mit Olympiasiegern, Weltmeistern, Europameistern und den erfolgreichsten Athleten des Landes sowie Sportangebote für Herr und Frau Österreicher zum Kennenlernen und Präsentationen von Initiativen und natürlich der Sportorganisationen selbst.

Gesund mit mehr Bewegung

„Es muss uns in Österreich wie auch in Europa gelingen, die Menschen zu mehr Bewegung, zu mehr gesundheitsförderlichen sportlichen Aktivitäten zu motivieren“, hob Vizekanzler und Sportminister HC Strache das Ziel dieses Tages hervor. Denn die Zahlen, wie wenig sich die Menschen in Österreich und in Europa bewegen, seien alarmierend und vor allem aus volkswirtschaftlicher Sicht besorgniserregend.

Der Vizekanzler wies auf die positiven Effekte von Sport und Bewe-

gung auf die Gesundheit und auf das individuelle Wohlbefinden hin, die umfassend erforscht sind. „Es liegt an uns, die Initiativen, Projekte und Veranstaltungen zu unterstützen, die Menschen jeden Alters zu motivieren, sich zu mehr bewegen.“

Er zeigte sich stolz und erfreut, dass Österreichs größte Sport-Open-Air-Veranstaltung die Kulisse für den offiziellen Auftakt der „Europäischen Woche des Sports“ darstellt. „Der Besucherandrang zum ‚Tag des Sports‘ zeigt auch, dass die Österreicherinnen und Österreicher bereits heute sportlich sind - ob als Fans oder Aktive“, betonte HC Strache gegenüber dem diesjährigen Ehrengast, dem EU-Kommissar für Bildung, Kultur, Jugend und Sport, Tibor Navracsics.

Die Österreichische Bundes-Sportorganisation (BSO) koordiniert die Aktivitäten der „Europäischen Woche des Sports“ in Österreich. Rund 2,1 Millionen Österreicher sind in Sportverei-



Parlaments, HC Strache, mit dem „Goleador“ der Nation, Hans Krankl.



Der Sportminister im Smalltalk mit aktiven Sportlern (oben) wie auch mit seinen Anhängern unter den 400.000 Besuchern des Festtages.



tion für die Nation

chau des heimischen Sports in den Wiener Prater

nen organisiert, dennoch gibt es, so BSO-Präsident Rudolf Hundstorfer, bei der Angebotsnutzung durchaus noch „Luft nach oben“: „Im europäischen Vergleich können wir auf die Vielfalt an Sport- und Bewegungsangeboten und die Professionalität der Durchführung von Veranstaltungen jedenfalls stolz sein.“

Vorbilder als Animateure

80 Mitmach-Stationen, die Spitzensportler selbst und die Sportorganisationen luden zum Schnup-

pern der verschiedenen Sport- und Bewegungsangebote ein. Mehr als 400 erfolgreiche Sportler wurden am „Tag des Sports“ für ihre Erfolge im vergangenen Jahr geehrt wie etwa Marcel Hirscher, Doppel-Olympiasieger und Siebenfach-Gesamtweltcup-sieger, Anna Gasser, Snowboard-Olympiasiegerin, sowie die Heeressportlerinnen Magdalene Lobnig, Ruder-Vize-Europameisterin, und Ivona Dadic, zweifache Hallen-Vize-Europameisterin im Fünfkampf.



Ein Tag zum Feiern für die Funktionäre der Sportverbände (oben) und den Aushängeschildern des Österreichischen Skiverbandes (unten).





HOHES
HAUS

Norbert Nemeth
Clubdirektor der FPÖ

In dieser Woche fand die erste Plenarwoche nach der Sommerpause statt, beschränkt auf einen Tag. Im Fokus stehen zwei aktuelle Stunden, die von FPÖ-Ministern bestritten werden. Zum einen von Sozialministerin Beate Hartinger-Klein, die zu der von der SPÖ verlangten aktuellen Stunde über die Fairness in der Arbeitswelt sprechen wird. Zum anderen wird Innenminister Herbert Kickl in der vom Freiheitlichen Parlamentsklub verlangten aktuellen Europastunde zur EU-Asylpolitik sprechen.

Mehr Zeit für Gesetze

Dass es an einem Tag zwei aktuelle Stunden gibt, passiert vier Mal im Jahr. Da findet nämlich zusätzlich zur klassischen „Aktuellen Stunde“ eine „Aktuelle Europastunde“ statt. Das bedeutet, dass viermal im Jahr mit der Abarbeitung der Tagesordnung erst zur Mittagszeit begonnen werden kann.

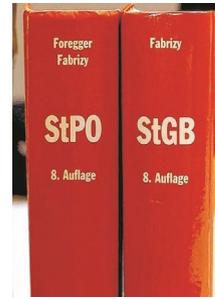
Das ist vor allem eine Herausforderung, wenn die Sitzung zusätzlich durch „Sonderaktionen“ – das sind dringliche Anträge und Anfragen und Kurzdebatten, die in der Regel von den Oppositionsparteien verlangt werden – verlängert wird. Auch die mediale Berichterstattung leidet, wichtige Gesetzesbeschlüsse finden kaum den Weg ins Mittagsjournal oder die Mittags-ZIB. Ein parlamentarischer Mehrwert ist nicht zu erkennen.

Im Zuge der nächsten Geschäftsordnungsreform wäre eine sinnvollere Verteilung der „Aktuellen Stunden“ angebracht, weil dabei keine Beschlüsse gefasst werden. Mehr (bessere) Zeit für echte parlamentarische Arbeit wie dem Beschließen von Gesetzen wäre wünschenswert.

INNENPOLITIK

Terrorismusbekämpfung

Mit der Einführung eines neuen Straftatbestands „Reisen für terroristische Zwecke“ in das Strafgesetzbuch (StGB) hat Österreich nun die Richtlinie der EU betreffend Terrorismusbekämpfung vollinhaltlich umgesetzt. Ein entsprechendes Strafrechtsänderungsgesetz, das auch Anpassungen bei den Opferschutzbestimmungen enthält, wurde letzte Woche vom Justizausschuss mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ verabschiedet.



INNENPOLITIK

Teure Wahlverschiebung

Die Kosten für die Verschiebung der Wiederholung der zweiten Wahlgang zur Bundespräsidentenwahl 2017 hat der Rechnungshof mit 5,2 Millionen Euro berechnet. Das Unternehmen, das die schadhafte Wahlkarten herstellte, leistete auf Grundlage eines Vergleichs einen Ersatzbetrag von 500.000 Euro.

Rechnungshof für Rückerstattung von Polizeikosten

Veranstalter sollten mehr für Großeinsätze der Polizei zahlen

Laut Rechnungshof haben sich die Gesamtkosten für polizeiliche Großeinsätze zwischen 2013 und 2016 von 13,8 Millionen Euro auf 27 Millionen verdoppelt.

Gründe dafür waren vor allem die Migrationslage 2015 und 2016 sowie die gestiegene Terrorgefahr, aber auch die Radikalisierung in der politischen Auseinandersetzung durch Gegner der FPÖ. Auf deren Kosten gingen die beiden teuersten eintägigen Einzeleinsätze rund um den Akademikerball.

Privatveranstalter sollen zahlen

Die wenigsten Kosten würden laut Rechnungshof der Polizei zurückerstattet. 2013 wurden der Polizei noch 26 Prozent der Überwachungskosten für Veranstaltungen (Einsätze in Fußballstadien oder bei Großkonzerten) von privater Seite rückerstattet; 2016 waren es 16 Prozent.



Das soll in Zukunft teurer werden: Betreuung von Fußball-„Fans“.

Der Rechnungshof empfahl den Ausbau rechtlicher Möglichkeiten zur Rückverrechnung nicht nur der Personal- sondern auch der Sachaufwandskosten der Exekutive.

Roter Skandal im BAV aufgeplatzt

Der Rechnungshof (RH) hat die im Juli 2017 aufgelöste „Bundesanstalt für Verkehr“ (BAV) geprüft. Dabei ergab sich der Verdacht auf



strafrechtsrelevante Tatbestände, weshalb der RH Sachverhaltsdarstellungen an die Staatsanwaltschaft Wien sowie die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft übermittelte.

Laut Rechnungshof soll es Zahlungen ohne erkennbare Gegenleistung sowie nicht vertragskonforme Abrechnungen an private Dienstleister gegeben haben.

Ein Bericht zur Untersuchung eines Flugunfalls – der Absturz eines Polizeihubschraubers am Achensee 2011 – wurde nie veröffentlicht. Außerdem trug die BAV die gesamten Kosten für private

Unternehmen, 5,3 Millionen Euro wurden zu viel überwiesen, fanden die Prüfer heraus.

Der freiheitliche Verkehrsminister Norbert Hofer betonte in einer Stellungnahme, dass sich alle Vorwürfe auf die Zeit bis Mitte 2017 beziehen würden und die BAV eben bereits im Juli 2017 aufgelöst worden ist. Die Nachfolgerin, die „Sicherheitsuntersuchungsstelle des Bundes“ (SUB), wurde seither personell und organisatorisch neu aufgestellt und hat im März 2018 mit einer erfahrenen Ermittlerin eine interimistische Leiterin bekommen.

SPÖ – Eine Partei inszeniert ihren Untergang

Christian Kern will Europa befreien, Pamela Rendi-Wagner darf sich als Parteichefin versuchen

Die SPÖ im Umbruch oder vor dem Zusammenbruch? Diese Frage stellen sich nach dem überstürzten Abgang von Parteichef Christian Kern die Genossen im Land. Weil niemand das taumelnde Schiff SPÖ übernehmen will, darf sich Kerns Entdeckung Pamela „Pam“ Rendi-Wagner in der Parteichef-Rolle versuchen.

Hatte bisher die ÖVP das Monopol für überraschende oder chaotische Wechsel an der Parteispitze, so macht ihr seit letzter Woche die SPÖ den Titel streitig.

Eigentlich wollte Christian Kern letzte Woche den Parteigranden nur vertraulich mitteilen, dass er im kommenden Jahr die SPÖ als Spitzenkandidat in die Europawahlen führen wollte. Aber schon vor dem Treffen geisterte die Meldung vom Rücktritt Kerns durch die Medien.

Kern drängt nach Brüssel

Stunden später die Aufklärung von einem gezeichneten SPÖ-Parteichef: Er wolle Europa vor den Rechtspopulisten Orban, Salvini, Strache & Co retten und daher als

Spitzenkandidat der SPÖ – und vielleicht gar der Europäischen Sozialisten – in die Europawahl ziehen. Und deswegen seine Obmannschaft im Mai 2019 zurücklegen.

Wer folgt nach? Die aufdringlichsten Genossen sagten umgehen ab. Hans-Peter Doskozil, Peter Kaiser und Michael Schickhofer erklärten sich in ihren Bundesländern für unabkömmlich. Schadenfreudige Zeitgenossen brachten sogar die Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures, die vormals engste Vertraute von Werner Faymann, ins Spiel.

Weil auch die beiden Ex-Stadträtinnen der Wiener SPÖ, Renate Brauner und Sandra Frauenberger, bereits von der Stadt mit Berater-



Ein Bild aus besseren Tagen: Rendi-Wagner und ihr baldiger Vorgänger.

verträgen jenseits der Kern'schen Geringfügigkeitsgrenze versorgt waren, fiel die Wahl auf Ex-Gesundheitsministerin Rendi-Wagner.

„Pam“, so ihr aktueller Rufname in der Partei, eine ausgebildete Medizinerin, soll den Patienten

SPÖ wieder auf die Beine bringen – oder zumindest bis zur nächsten Nationalratswahl über Wasser halten. Die Personalrochaden in der SPÖ beginnen zu rotieren: Andreas Schieder trat am Dienstag bereits als Klubobmann zurück.

+++ Bücherservice +++ Bücherservice +++ Bücherservice +++ Bücherservice +++ Bücherservice +++



Österreich zuerst - 60 Jahre FPÖ

1956 - 2016

In dieser Publikation blicken wir zurück auf die sechzigjährige Geschichte einer Partei und die bald zweihundertjährige einer Gesinnungsgemeinschaft. Dieser Rückblick auf 60 Jahre Freiheitliche Partei Österreichs beginnt im Hier und Heute und arbeitet sich zurück in die Vergangenheit.

Zuerst blicken wir auf die „Ära Strache“, die ein gutes Jahrzehnt von 2005 bis 2016 umfasst. Dann ist da die Zeit der Regierungskoalition mit der Volkspartei von 2000 bis 2006, die wir als zweites betrachten. Als drittes vergegenwärtigen wir uns die Ära des Aufstieges der FPÖ unter Jörg Haider von 1986 bis zum Jahre 2000. Danach als viertes Kapitel die Regierungszusammenarbeit mit der Sozialdemokratie unter Norbert Steger. Und schließlich im fünften Kapitel die Gründung und die Einfügung der FPÖ in das politische System der Zweiten Republik zwischen 1956 und 1989. Zu guter Letzt skizzieren wir noch den historischen Weg des national-freiheitlichen Lagers von seinen Anfängen der Habsburger Monarchie, über die schwierigen Jahre der Ersten Republik bis hin zur Gründung der FPÖ.

GRATIS zu beziehen über das FPÖ-Bildungsinstitut:

Friedrich Schmidt Platz 4, 1080 Wien

Telefonisch unter 01/512 35 35-36 oder per Mail: bildungsinstitut@fpoe.at

Mit Ihrer Bestellung erklären Sie sich einverstanden, künftig über Aktivitäten und Neuerscheinungen der FPÖ und des FPÖ-Bildungsinstitutes informiert zu werden.

FPÖ-
BILDUNGSINSTITUT



Harald Vilimsky

Migration: Italien zeigt, dass was geht

Italiens neue Regierung zeigt, was geht, wenn man will: In den vergangenen Jahren kamen hundertausende Migranten über Italien in die EU. Heuer wurde das Land aber von Spanien abgelöst, das nun neues Hauptzielland für Migranten ist, die über das Mittelmeer in die EU drängen.

Im Mittelmeer geht Italiens neue Regierung konsequent gegen Schlepper und NGOs, die das Geschäftsmodell der Schlepper unterstützen, vor: Erst diese Woche wurde der „Aquarius 2“ die Registrierung in Pana-

ma entzogen, nachdem es zuvor jene in Gibraltar verloren hatte. Angeblich wegen Beschwerden italienischer Behörden, wonach sich der Kapitän des Schiffes geweigert hätte, Migranten nach Nordafrika zurückzubringen.

Gleichzeitig hat Rom nun ein Sicherheitsdekret verabschiedet. Demnach können Asylanträge künftig ausgesetzt werden, wenn der Antragsteller als „sozial gefährlich“ eingestuft wird oder in erster Instanz verurteilt ist. Asylwerbern, denen etwa Drogenhandel zur Last gelegt wird, sollen abgelehnt werden. Humanitäre Aufenthaltsgenehmigungen – bisher einem Viertel der Illegalen gewährt – sollen eingeschränkt werden. Weiters sollen Asylwerber in Auffangzentren untergebracht werden und Ausweisungen rascher möglich sein.

Man sieht: Der Schutz der EU-Außengrenzen und der Kampf gegen illegale Migration ist möglich – auch ohne ein Mehr an Frontex. Man muss nur wollen/handeln.

Berlin: Hetzjagd auf den Verfassungsschutz-Chef

Durch Deutschland fegte die letzten beiden Woche eine beschämende Hetzjagd des gutmenschlichen Mobs. Weil Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen sich bei der Bewertung der Vorfälle in Chemnitz an die Fakten hielt, wurde er von Politikern aus SPD, Grünen und der SED-Nachfolgepartei „Die Linke“ samt allen Mainstream-Medien als „Nazi-Versteher“ durch's Dorf getrieben wie die sprichwörtliche Sau.

Den Vogel schoss das staatliche ZDF-Satiremagazin „heute show“ ab: Auf Twitter wurde der Verfassungsschutzpräsident ganz in NS-Manier als „Volksschädling“ abgestempelt: „Vor Schädlingen sollte man sich schützen. #Maaßen“.

Trotz aller Bemühungen schafften es Politiker und ihr Medienklüngel nicht, Beweise für ihre Diffamierungen vorzulegen. Weder hatte Maaßen irgendetwas Falsches über das Video von Chemnitz gesagt – und es schon gar nicht als „Fälschung“ bezeichnet – noch hat er geheime

Informationen an die AfD weitergegeben. In ihrer Verzweiflung durchwühlten sie sogar Maaßens Doktorarbeit, in der Hoffnung, dort doch noch irgendeinen Beweis für ihr bereits gefälltes Urteil zu finden. Aber auch hier Fehlanzeige.

Der ehemalige Chef des Bundesnachrichtendienstes Gerhard Schindler kommentierte diese Hetzjagd am treffendsten: „Maaßen hat gewagt, am Wahrheitsmonopol einiger Medien zu zweifeln, und dafür wird er jetzt abgestraft.“



Maaßen im Visier der Linken.

„Wir schaffen das!“ wanderung nach E

„Marrakesch-Abkommen“ verpflichtet die Unterz



Die UNO will mit dem „Marrakesch-Abkommen“ die Staaten anhalten, nichtungsaktivitäten“ auszubauen und die Einwanderung nach Europa über die

Mit dem „Marrakesch-Abkommen“ übernehmen die Vereinten Nationen Angela Merkels „Wir schaffen das!“ für die weltweite Migration. Die Unterzeichnerstaaten sollen sich verpflichten, die Einwanderung zu fördern und erleichtern. „Österreich muss selbst darüber entscheiden können“, hält Vizekanzler HC Strache dem entgegen.

„Migration ist eine Tatsache. Aber wir hatten bisher kein Instrument, um diesen Prozess zu lenken, zu steuern“, erläuterte der Präsident der UNO-Vollversammlung, Miroslav Lajcak, die Intention zum „Globalen Abkommen für sichere, geordnete und reguläre Migration“, kurz „Marrakesch-Abkommen“, weil es in der marokkanischen Stadt vorgelegt wurde und im Oktober ratifiziert werden soll.

Eingriff in die Souveränität

Die USA haben sich bereits während der Verhandlungen zurückgezogen, weil das Abkommen mit der Souveränität der Vereinigten Staaten nicht vereinbar sei. Wenig später folgte Ungarn. „Dieses Papier verleitet Menschen zur Auswanderung und ist gefährlich für die Welt und Ungarn“, begründete Außenminister Peter Szijjarto den Schritt, denn das Abkommen könne Staaten verpflichten, ihre Grenzen für Einwanderer zu öffnen.

Letzte Woche hat auch die Schweizerische Volkspartei ein Ausscheren aus dem Migrations-

pakt gefordert. „Der Vertrag ist nicht vereinbar mit der eigenständigen Steuerung der Zuwanderung und mit der Selbstbestimmung der Schweiz“, argumentiert die SVP. Ihr Parteichef Albert Rösti befürchtet gar: „Das Ziel dieses Paktes ist eine Welt ohne Grenzen.“

Denn der Vertrag zielt auf die Förderung zusätzlicher Einwande-



Die Vereinten Nationen – hier der Sitz der „Wir schaffen das“-Rungswege“ nach Europa schaffen, un

„UNO will Einwanderung erleichtern“

„Wege“, mehr Einwanderung zu ermöglichen



„Nur die Einwanderung zu erleichtern, sondern auch die „Such- und Rettungsmissionen“ der NGOs nicht mehr zu verunmöglichen.“

„... nach Europa ab. So verpflichten sich die Unterzeichner „Wege für reguläre Migration so anzupassen, dass Arbeitsmobilität gefördert wird (...) indem wir die Verfügbarkeit solcher Wege erweitern und diversifizieren“.

Mehr „Schutz“ für Migranten

Der Fokus des UN-Vorschlags liegt vor allem auf dem Schutz der Migranten. Negative Auswirkungen der Migration werden mit keinem Wort erwähnt. Vielmehr werden die Staaten zu einer „Förderung unabhängiger, objektiver

und hochwertiger Berichterstattung von Medien“ aufgerufen, also Kritik an der Einwanderung abzustellen.

Wer den Pakt unterzeichnet, verpflichtet sich nicht nur, sichere Einwanderungswege einzurichten, sondern auch dazu, die Migranten bereits in ihren Herkunftsländern auf die Reise in ihre Zielländer vorzubereiten. In Europa angekommen, sollen die Migranten „diskriminierungsfreien Zugang“ zur Grundversorgung, Sozialleistungen, einer „bezahlbaren und unabhängigen“ Rechtsvertretung, zu Bildung und zur Gesundheitsversorgung haben. Weiter sollen alle Schranken für den Familiennachzug fallen und die Einwanderer der einheimischen Bevölkerung in allen Rechten und Ansprüchen sofort gleichgestellt werden.

Österreichs Bundesregierung prüft derzeit, ob das Abkommen mit der Souveränität und Eigenbestimmtheit Österreichs sowie den Einwanderungszielen des Regierungsabkommens übereinstimmt. Für Vizekanzler HC Strache steht aber klar fest: „Die Migration muss eigenbestimmt in Österreich entschieden werden. Alles, was diesem Grundsatz im UN-Pakt inhaltlich widerspricht, wird von mir keine Unterstützung finden.“

in Genf – wollen „sichere Einwanderung“ und die Migration zu fördern.

KURZ UND BÜNDIG

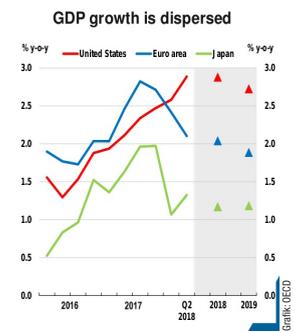


„Fake News“ zu Asylzahlen

Die Anzahl der Asylwerber in Europa ist rückläufig, melden die Mainstreammedien – wieder einmal, aber beziehen sich dabei nur auf Österreich. Im ersten Halbjahr sind laut Eurostat nämlich 296.175 Erstasylanträge in den 28 EU-Staaten gezählt worden. Und – große Überraschung – die meisten Asylerstanträge wurden nicht in Griechenland (30.185), Italien (33.770) oder Spanien (25.520) registriert, sondern in Deutschland mit 78.980 Erstanträgen. Und es gab auch keinen Rückgang bei den Asylwerbern vom ersten auf das zweite Quartal des Jahres, sondern einen leichten Anstieg von 145.320 von Jänner bis März auf 150.855 von April bis Juni.

Trump besser als Merkel/Macron

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sieht den Höhepunkt des Weltwirtschaftswachstums erreicht und senkt ihre Prognosen für 2019, vor allem die für große Schwellenländer und den Euroraum. Vergleichsweise wenig berührt zeigen sich die Wachstumsprognosen der USA mit 2,9 heuer und 2,7 Prozent für 2019 – dabei beherrscht doch, laut Europas Medien, US-Präsident Donald Trump nicht einmal das kleine Einmaleins! Die Prognose für den Euroraum liegt für 2019 nur noch bei 1,9 Prozent wegen der niedrigeren Erwartungen für Deutschland und Frankreich.



FPÖ-Wahlkampfhilfe für Südtiroler Freiheitliche

Prominente Wahlkampfhilfe für die bevorstehenden Landtagswahlen erhielten die Südtiroler Freiheitlichen letztes Wochenende vom freiheitlichen Verkehrsminister Norbert Hofer sowie dem Fraktionsvorsitzenden im EU-Parlament, Harald Vilimsky.

Freiheitlichen-Obmann Leiter Reber betonte die besonders intensive Zusammenarbeit mit der Freiheitlichen Partei Österreichs, die sich auch darin manifestiert, dass die Südtiroler mit einem Sitz im Bundesparteivorstand vertreten seien.

Hofer freute sich, im Wahlkampf Südtirol zu besuchen, und betonte die Wichtigkeit von guten Kontakten über die Landesgrenzen hinaus, insbesondere aufgrund der gemeinsamen Geschichte mit Südtirol: „Die Regierungsarbeit der österreichischen Freiheitlichen hat sich bisher positiv ausgewirkt, und es wird von den Menschen geschätzt, dass diese Koalition konstruktiv zusammenarbeitet.“

Auch auf seine Art verbindend sei das Verkehrsproblem entlang der Brennerautobahn, für das es in Zusammenarbeit zwischen Nord- und Südtirol und seinem Verkehrsministerium eine rasche Lösung zu finden gilt. Aber ebenso müsse an der Verkehrsverbindung zwischen Wien und Bozen gearbeitet werden, mahnte Hofer, der zu diesem Termin mit einem Privatflugzug angereist war: „Dafür haben die Freiheitlichen Südtirols einen starken Partner in Österreichs Regierung.“



Freiheitliche Einigkeit in Bozen.

TERMINE

SEPTEMBER
29 Tagesausflug der FPÖ Kopfing

Die FPÖ Kopfing im Innviertel lädt am Samstag, dem 29. September 2018, zu einem Tagesausflug nach St. Wolfgang ein. Abfahrt: 7.00 Uhr vom Pendlerparkplatz (4794 Kopfing).

OKTOBER
2 Bezirksteilstammtisch Stadlau

Die FPÖ Donaustadt lädt am Dienstag, dem 2. Oktober 2018, zu ihrem Bezirksteilstammtisch Stadlau ins Gasthaus Selitsch (Konstanziagasse 17, 1220 Wien). Beginn: 19.00 Uhr.

OKTOBER
3 Stammtisch der FPÖ Simmering

Die FPÖ Simmering lädt am Mittwoch, dem 3. Oktober 2018, zu ihrem Stammtisch mit dem FPÖ-Landtagsabgeordneten Michael Niegl ins Gasthaus „Auszeitüberl“ (Grillgasse 20, 1110 Wien). Beginn: 19.00 Uhr.

OKTOBER
3 Stammtisch der FPÖ Landstraße

Die FPÖ Landstraße lädt am Mittwoch, dem 3. Oktober 2018, zu ihrem Stammtisch mit dem freiheitlichen Finanzstaatssekretär Hubert Fuchs ins Bezirksparteilokal (Am Modenapark 8-9, 1030 Wien). Beginn: 19.30 Uhr.

OKTOBER
3 Bezirksteilstammtisch Kaisermühlen

Die FPÖ Donaustadt lädt am Mittwoch, dem 3. Oktober 2018, zu ihrem Bezirksteilstammtisch Kaisermühlen ins Gasthaus „Vorstadtwirt“ (Schüttaustraße 64, 1220 Wien). Beginn: 19.00 Uhr.

OKTOBER
4 Bezirksteilstammtisch Hirschstetten

Die FPÖ Donaustadt lädt am Donnerstag, dem 4. Oktober 2018, zu ihrem Bezirksteilstammtisch Hirschstetten ins Gasthaus „Goldener Hirsch“ (Hirschstettner Straße 83, 1220 Wien). Beginn: 19.00 Uhr.

LESER AM WORT


„Lügenpresse“

Wer für sein Land etwas leistet, wer fleißig arbeitet und Steuern zahlt, der wird höchstens als Rassist oder Nationalist hingestellt, wer aber ein Verbrechen begeht, dem bringen die Medien noch jede Menge Mitleid entgegen. Das entspricht dem Zeitgeist der „Weltverbesserer“, die aus Tätern Opfer und aus Opfern Täter machen. Wenn man sich die Berichte in gewissen Medien anschaut oder anhört, so rechtfertigen diese den Ausdruck „Lügenpresse“. Das hat nicht immer mit Links oder Rechts zu tun, sondern mit dem Gutmenschen-Wahnsinn, der sich mit dem Gender-Unsinn und der völlig überzogenen „Gleichmacherei“ leider überall verbreitet.

Stephan Pestitschek, Strasshof


Der „Antipopulist“

Der Sozialist Jean Asselborn aus Luxemburg, dem der italienische Innenminister Salvini ein Dorn im Auge ist, ruft zu einer „Anti-Popu-

listen-Front“ auf und sagt: „Die Populisten wollen die EU zerstören. Das dürfen wir nicht zulassen.“ Dass lateinisch „populus“ im Deutschen „das Volk“ bedeutet, dürfte Herrn Asselborn noch niemand geflüstert haben. Heißt ja dann laut dem Sozialisten Asselborn, dass er die Völker der EU-Mitgliedsländer, also die angestammten Bürger, bekämpft und gleichzeitig den ganzen Kontinent Afrika in die EU holen möchte.

Stefan Scharl, Klosterneuburg

Geschenktes Amt

Christian Kern, die Diva, möchte höchste Ämter geschenkt bekommen! Hat er sich schon den Kanzlerjob ohne Verdienst hinterhältig erlauft, so möchte er nun ein Spitzenamt in Brüssel erlauen, ebenfalls ohne Verdienst! Kopflos flattert nun die hysterische zurückgelassene SPÖ-Hühnerschar ohne ihren Guru durch die Gegend, als hätte die SPÖ keine anderen Parteimitglieder, mit denen man den Sinkflug fortsetzen könnte.

Armin Schütz, Wien

Linke EU-Zerstörer

Na, wo bleibt denn das „Europäische Friedensprojekt“? Alles, was nicht links ist, wird bekämpft. Luxemburgs Sozi Asselborn hat noch nicht begriffen, dass gerade die linke Denkweise in Europa zu Konflik-

ten führte. Jede Menge Einmischungen bei nationalen Wahlen, jede Menge idiotische Vorschriften, grenzenlose Einwanderung, Zentralisierungswahn und mehr: Asselborn & Co schaffen den Untergang der EU ganz von alleine und ohne Hilfe der Populisten. Kommt jetzt „Rettung“ aus Österreich? Christian Kern will in Brüssel das Ruder „rumreißen“. Es darf gelacht werden.

Cora Katzenberger, Puchenu


SPÖ nach Kern

Höchste Zeit, dass dieser Vollholler den SPÖ-Chefsessel freigibt! Ein realistisch denkender und handelnder Nachfolger wird sich allerdings schwer finden lassen. Die SPÖ ist bereits auf den Pfad der Grünen eingebogen, der ins Niemandsland führt. Und Kern, wieder ein abgewrackter „ehemaliger Spitzenpolitiker“ mehr für das EU-Parlament.

Klaus Gumpoltsberger, Hallein

Leserbriefe: redaktion.nfz@fpoe.at

Neue
Freie
 Zeitung

BESTELLSCHHEIN

Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
 Tel: 01 512 35 35 – 29, Fax: 01 512 35 35 – 9
 E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Ich bestelle die Wochenzeitung „Neue Freie Zeitung“ zum (zutreffendes bitte ankreuzen):

- Halbjahrespreis € 15,-
 Jahrespreis € 30,-
 Jahrespreis zum Seniorentarif € 20,-
 Auslandsjahresbezug € 73,-
 Jahrespreis für Studenten € 20,-

Die Bestellung gilt bis auf schriftlichen Widerruf, der entweder per E-Mail oder Postweg erfolgen muss. Die Einzahlung erfolgt mittels Erlagschein, der Ihnen halbjährlich (bei Jahresabo jährlich) zugeschickt wird. Bankverbindung: PSK, IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450. Bestellungen auch per E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Name: _____ Mitglied in FPÖ-Landesgruppe*: _____
 (Vor- und Zuname, bitte in Blockschrift ausfüllen)

Anschrift: _____
 (Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer, Türnummer)

Datum: _____ Geburtsdatum: _____ Unterschrift: _____

Bitte geben Sie uns für Rückfragen Ihre E-Mail oder Telefonnummer bekannt**.

* Bitte nur ausfüllen, wenn Sie Mitglied einer FPÖ-Landesgruppe sind. Wir wollen damit mögliche Doppelzusendungen vermeiden.

** Wir erhalten von der Post in regelmäßigen Abständen Retoursendungen und wollen diese überprüfen. Ihre Daten werden vertraulich behandelt.

WIEN



FPÖ-Erfolg: Verkauf von Sozialwohnungen gestoppt

Vizebürgermeister Dominik Nepp: „Die Arbeit der FPÖ zeigt Wirkung!“

Vergangene Woche erfolgte der einstimmige Beschluss der Wiener Landesregierung, die Übernahme des gemeinnützigen Bauträgers WBV-GFW zu untersagen. Für die FPÖ ein überfälliges Bekenntnis zur Wohnungsgemeinnützigkeit von Rot-Grün.

„Das ist ein wichtiger Tag für Wien. Ein massiver Angriff auf die Wohnungsgemeinnützigkeit ist abgewendet“, bemerkte FPÖ-Vizebürgermeister Dominik Nepp zu dem Votum der Stadtregierung.

FPÖ-Arbeit zeitigt Erfolg

„Heute wurde der Spekulation mit mehr als 2.000 Sozialwohnungen nach mehr als einem Jahr der Unsicherheit die rote Karte gezeigt. Dieses Ergebnis belegt, dass die Bundesregierung kompromisslos auf der Seite der Bewohner



Gudenus und Nepp: FPÖ-Politik zeigte Wirkung bei Rot-Grün.

steht“, erinnerte der geschäftsführende Landesparteiohmann Johann Gudenus an die Verschärfung des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes (WGG) durch die Koalition, wodurch der Verkauf der Sozialwohnungen an einen Finanzinvestor letztlich verhindert worden ist.

Aber SPÖ-Bürgermeister Michael Ludwig und seine zustän-

dige Wohnbaustadträtin Kathrin Gaal müssten sich ungeachtet dessen vorwerfen lassen, offenkundig „problematische Berater“ zu konsultieren, die den Wohnungsverkauf initiiert hätten, fügte Gudenus hinzu: „In diesem Hinterfeld der SPÖ wird der Wiener Stadtrechnungshof noch ein breites Betätigungsfeld vorfinden.“

WIENER SPAZIERGÄNGE

von Hannes Wolff



Zu den Ausscheidungen der Hunde sagen die „feunen“ Leute „Hinterlassenschaften“. Vom flüchtigen Herrn Kern hab ich keine gefunden. Aber die des Herrn Häupl sind mir eingefallen.

Blick nach hinten

Abgesehen von den sterbenden Kastanien – vorgestern hab ich mit wehem Herzen die blühenden Bäume in der Hadikgasse gesehen – gibt es da noch die modernen Gemeindebauten. Vergleicht man sie mit denen aus den 20er Jahren, haben die damaligen Architekten noch etwas gekonnt.

Die Wolkenkratzer. Wie schön war das früher, wenn man vom Süden nach Wien gekommen ist und als „Skyline“ den Wasserturm gesehen hat. Der verschwindet jetzt unter den auf wienerisch so genannten „Towers“.

Den grauslichen und verkehrsmäßig blöd angelegten Schwarzenbergplatz hat er hinterlassen. Die gegen die Einbahn rasenden Radfahrer, denn die Vassilakou war das nicht allein. Das geplante Hochhaus an Stelle des Eislaufvereins. Die Mahü. Die U-Bahn-Station Gumpendorf. Und so weiter.

Der alte Lueger hat Dinge bewirkt, die uns jetzt noch Dienste leisten. Dafür hat er, bis die Grünen wild geworden sind, einem Teil der Ringstraße seinen Namen gegeben.

Die Hundstrümmerln des Herrn Häupl geben dazu wenig Anlass.

FPÖ
DIE SOZIALE HEIMATPARTEI
BEZIRKSGRUPPE FAVORITEN

f / FPOE.Favoriten
favoriten.fpoe-wien.at

Freibier
solange der Vorrat reicht!

Spanferkel

Kinderprogramm
Hüpfburg, Zauberer, Schminken

Live-Musik
Austro-Pop-Band „Mia Söwa“

FPÖ-Favoriten
Oktoberfest am Tesarekplatz

mit dem gf. Landesparteiohmann Johann Gudenus & FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky

29. September 2018
von 11:00 bis 16:00 Uhr
am Tesarekplatz in der Otto-Probst-Siedlung

Bieranstich um 12:00 Uhr

FPÖ
BEZIRK SIMMERING

Einladung zum
OKTOBERFEST

29 SEP

Enkplatz · 1110 Wien
15.00 - 19.00 Uhr

Zur Unterhaltung bieten wir unter anderem:
Luftburg · Kinderschminken · Livemusik
Für das leibliche Wohl ist bestens gesorgt.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

Bezirksvorsteher Paul Johann Stadler freut sich, Sie persönlich zu begrüßen und steht gerne für Gespräche zur Verfügung. Sie haben aber auch die Möglichkeit mit unseren Bezirksrätinnen, Abg. u. NfM Mag. Herwig Stelzer, unseren Gemeinderätinnen sowie weiteren Simmeringer FPÖ-freibleiblichen Mandatsträgern in Kontakt zu treten um über Ihre Anregungen, Beschwerden und Probleme persönlich zu sprechen!

SALZBURG **Asylkosten verdoppelt**

Eine Anfragebeantwortung des Landtagsklubs der FPÖ-Salzburg durch Landeshauptmann-Stellvertreter Heinrich Schellhorn hat ergeben, dass sich die Kosten der Mindestsicherung für Asylberechtigte innerhalb der letzten zwei Jahre auf 14 Millionen Euro verdoppelt haben. „Rechnet man noch Kosten der Grundversorgung und weitere freiwillig von Grünen-Landesrat Schellhorn ausbezahlte Leistungen an Asylwerber dazu, sprengt dies bald den Rahmen des Machbaren!“, kritisierte FPÖ-Klubobfrau Marlene Svazek.

BURGENLAND **Parteilpolitik an Schule**

Kritik übte die Freiheitliche Jugend Burgenland am „Schulplaner“ der sozialistischen Jugend. Darin würden die Schüler aufgefordert, sich



K. Langhans

„gegen Schwarz-Blau“ zur Wehr zu setzen. „Da werden bereits zehnjährige Schüler aufgefordert, auf die Straße zu gehen und zu demonstrieren“, kritisierte FJ-Obmann Konstantin Langhans.

NIEDERÖSTERREICH **Sparen bei Schwachen**

Mehr als 30 mobile Sozialmärkte (SOMA) stehen vor dem Aus. FPÖ-Klubobmann Martin Huber ist empört: „Wir zählen zu einem der reichsten Länder der Welt, aber Sozialmärkte für unsere bedürftigen Landsleute sollen geschlossen werden?“ Im Dezember sollen Verkaufsstellen im Wald- und Mostviertel nicht mehr angefahren werden. In diesen Regionen sind die mobilen SOMA-Märkte für viele bedürftige Menschen die einzige Möglichkeit, den wöchentlichen Einkauf kostengünstig erledigen zu können. Im Mostviertel sind es mehr als 2.000, im Waldviertel rund 1.000 Bedürftige. Huber: „Die meisten haben geringe Einkommen, weil unschuldig in eine finanzielle Notlage geraten oder schwer krank. Mit dem Aus für die mobilen SOMA-Märkte bringt man diese Menschen um ihre Existenz.“

Vorarlberger ÖVP lässt sich willig vor den grünen Karren spannen

Landes-ÖVP will an Lehrausbildung für abgelehnte Asylwerber festhalten

Mit ihrem Einsatz für abgelehnte Asylwerber übernimmt die ÖVP einmal mehr Positionen des grünen Partners und stellt sich gegen die Regierung.

Die Initiative für eine Lehre für Asylwerber ist laut Allgäuer aufgrund der klaren Haltung der türkis-blauen Bundesregierung gescheitert. Umso unverständlicher ist für FPÖ-Klubobmann Daniel Allgäuer das Agieren der ÖVP in Vorarlberg: „Nicht nur, dass die Landes-ÖVP durch ihren Einsatz für rechtskräftig abgelehnte Asylwerber einmal mehr Positionen des grünen Partners übernimmt, sie stellt sich dadurch auch erneut gegen die türkis-blaue Bundesregierung und gegen ÖVP-Chef und Bundeskanzler Sebastian Kurz.“

ÖVP an grüner Kandare

Offenbar wolle sich die Landes-ÖVP mit Landeshauptmann Mar-

VORARLBERG 

Foto: Vorarlberger Landeskommunikation/T.Mair

Wallner (l.) und seine ÖVP hängen am Gängelband der Grünen.

kus Wallner als Gegenpol zur Bundespartei und Kanzler Kurz positionieren, mutmaßt Allgäuer. Denn statt die Reformpolitik der Bundesregierung auch in Vorarlberg umzusetzen, ließen sich Wallner & Co. immer häufiger vor den grünen

Karren des kleinen Regierungspartners spannen. Allgäuer forderte ein Umdenken Wallners: „Dass nur noch jene Personen eine Lehre anfangen dürfen, deren Asylverfahren positiv abgeschlossen wurde, ist grundvernünftig.“

OBERÖSTERREICH **FPÖ für Pflege-Stipendium**

Eine Ausbildung im Pflegebereich scheitert für viele Interessierte an den finanziellen Hürden, begründete die freiheitliche Sozialsprecherin Ulrike Wall den Vier-Parteien-Antrag für ein „Pflegestipendium“ in der letztwöchigen Landtagssitzung: „Es ist daher notwendig, das Fachkräftestipendium



Ulrike Wall: „Alle Parteien stimmen für das Pflegestipendium.“

für Pflege-Mangelberufe wieder einzuführen, samt einer regelmäßigen Anpassung an demographische Entwicklungen.“

Das von Wall angesprochene Fachkräftestipendium für Fachsozialbetreuer-Altenarbeit lief im Jahr 2015 aus, gegen den Widerstand der Freiheitlichen. Der wachsende Personalmangel im Pflegebereich bestätigte die Warnung der FPÖ. „Weil die Österreicher immer älter werden, wächst die Anzahl der Pflegebedürftigen, während potentielle Pflegekräfte kaum zu finden sind“, bemerkte Wall. Allein in Oberösterreich werden bis zum Jahr 2025 rund 1.600 zusätzliche Pflegekräfte benötigt.

Wall erneuerte die FPÖ-Forderung nach Einrichtung einer Pflege-Lehre: „Ein Lehrberuf bietet einen zusätzlichen finanziellen Anreiz für Interessierte. Es braucht ein Bündel an Maßnahmen, um dem Bedarf im Pflegebereich langfristig gerecht werden zu können.“

NIEDERÖSTERREICH 

Foto: FPÖ NÖ

Niederösterreichs FPÖ-Spitze.

FPÖ-NÖ verstärkt die Parteispitze

Die FPÖ Niederösterreich schreitet mit voller Kraft durch neue personelle Weichenstellungen in den politischen Herbst. Udo Landbauer wurde vergangene Woche von den Gremien einstimmig zum geschäftsführenden Landesparteiobmann und Michael Schnedlitz zum Landespartei sekretär gewählt. „Ich kann mit Stolz sagen, dass unsere freiheitliche Gesinnungsgemeinschaft jetzt personell optimal aufgestellt ist, sodass unser freiheitliches Schiff mit Volldampf für unser Land und unsere Landsleute durchstarten kann“, betonte Landesparteiobmann Walter Rosenkranz.

TIROL 



Foto: Land Tirol

Der Hilferuf von Soziallandesrätin Gabriele Fischer (rechts) zum Sparkurs von LH Günther Platter (links) und Grünen-Chefin Ingrid Felipe (Mitte) und fand nur Gehör bei den Tiroler Freiheitlichen.

Keine „schwarze Null“ zu Lasten der Sozialvereine!

FPÖ fordert budgetäres Hilfspaket des Landes für Tiroler Sozialvereine

Der Hilferuf der Tiroler Soziallandesrätin Gabriele Fischer zur finanziellen Situation der Sozialvereine in Tirol findet Gehör bei den Freiheitlichen.

„Das Land darf sich seiner Verantwortung für in Not geratene Tiroler nicht entziehen. Es wurden bereits in der Vergangenheit Kürzungen bei Subventionen vorgenommen, die die Vereine belasten“, unterstützte FPÖ-Landespartei- und Klubobmann Markus Abwerzger die Forderung der Soziallandesrätin, in ihrem Ressort keine weiteren Einschnitte vorzunehmen.

Abwerzger verwies darauf, dass die ehrenamtlichen Vorstände für Verbindlichkeiten der Vereine persönlich haften müssten.

Sparen bei den Schwächsten

Es brauche gerade wegen der angespannten Wohnungssituation für Jugendliche dezentrale Einrichtungen in den Bezirken. „Dies haben mir auch die Verantwortlichen des Vereins ‚Chill Out‘ in Innsbruck vor wenigen Wochen persönlich gesagt. Ebenso ist der Mangel von Opferschutzeinrichtungen für Frauen gerade im Tiroler Oberland eklatant und seit Jahren ein Miss-

stand“, zeigte der freiheitliche Klubobmann im Tiroler Landtag auf.

Eine „schwarze Null“ im Landesbudget 2019 dürfe nicht zu Lasten der Sozialvereine im Land angestrebt werden, appellierte Abwerzger an die schwarz-grüne Landesregierung: „Das ist einfach nur unfair und unsozial gegenüber den Tirolern!“

Abschließend wies der freiheitliche Landesparteiobmann darauf hin, dass natürlich auch die Vereine die Verpflichtung hätten, im Sinne der Transparenz die konkrete Verwendung aller öffentlichen Fördergelder dem Land offenzulegen.



Markus Abwerzger
FPÖ-Landesparteiobmann Tirol

Wo die Prioritäten des Landes Tirol unter Schwarz-Grün liegen, ist klar ersichtlich: Subventionen für soziale Vereine wurden massiv gekürzt. Gerade im Bereich der Jugendwohnungslosigkeit, der Obdachlosigkeit und der Opferschutzeinrichtungen für Frauen sind die Mittel stark eingeschränkt.

Eingeschränkt sozial

Auf der anderen Seite werden Unsummen für Wirtschaftsmigranten aus aller Herren Ländern verprasst. Dennoch ist auch hier die finanzielle Lage der Tiroler Sozialen Dienste (TSD) eklatant, die budgetär üppig ausgestatteten TSD haben mit massiver Misswirtschaft zu kämpfen.

Das schwarz-grüne Tirol ist gegenüber den Tirolern sehr unsozial! Lediglich im Bereich Asyl scheint das Steuergeld zu sprudeln. Wir Freiheitlichen fordern einen Kurswechsel, unser Sozialsystem soll wieder den Tirolern zugutekommen. Die sinnlosen Ausgaben der TSD wären bei der heimischen Bevölkerung wesentliche besser aufgehoben.

Dieser Paradigmenwechsel wird sich ohne die FPÖ wohl kaum realisieren lassen, wie die grüne Chaostruppe die Landespolitik aufzeigt. Die Tiroler Uralt-ÖVP und Landeshauptmann Günther Platter sollten überdies ihre Fundamentalopposition gegen die Bundesregierung aufgeben und sich daran erinnern, dass sie eigentlich gegen ihre Parteifreunde agieren.

Der Bund zeigt es vor, wie echte soziale Politik für unsere Österreicher gemacht werden kann – auch im Sozialbereich! Wir Freiheitlichen sind deutlich erkennbar auch in Tirol das echte soziale Gewissen in der Politik!

Rote Parteipropaganda

Zuletzt hatte es Beschwerden über linke SPÖ-Parteierwerbung in Kärntner Kindergärten gegeben. Laut FPÖ-Landes- und Klubobmann Gernot Darmann überschwemme die SPÖ jetzt auch die Kärntner Schulen mit dem niveaulosen Propagandablatt: „Wir machen Schule Bunt statt Schwarz-Blau“.

Konkret fordere die Sozialistische Jugend in dieser Broschüre die Kärntner Schüler auf, „Widerstand gegen Schwarz-Blau“ zu leisten und „auf die Straße zu gehen“. Dar-

mann kritisiert diese unverantwortliche Vereinnahmung durch die SPÖ scharf: „In ihrem Machtrausch schrecken SPÖ und Landeshauptmann Peter Kaiser vor nichts mehr zurück. Es ist einfach unerträglich, dass die SPÖ die Kärntner Jugendlichen mit ihren weltfremden sozialistischen Botschaften infizieren will!“

Parteierwerbung und linksextreme Botschaften haben in Schulen nichts verloren, betonte Darmann und fordert Kaiser auf, diese Vereinnahmung der Schüler zu beenden.

KÄRNTEN 



Darmann: „Parteierwerbung hat an Schulen nichts verloren!“

Foto: FPÖ/Kärnten

GEZWITSCHER



Wasserelech

@otto_ah



Und morgen jammern dann die Restles, Hayalis & Reschkes wieder über das Misstrauen gegenüber Medien & wundern sich, dass Leute sogar von Systemmedien sprechen.

20.09.18 03:03

Weil der Verfassungsschutzchef die „Hetzjagden“ in Chemnitz bezweifelte, haben SPD und Grüne seinen Kopf gefordert – und erhalten.

Moritz Moser

@moser_at



Die SPÖ sucht jetzt einen zweiten Gusenbauer, einen Kompromisskandidaten der sich neun Jahre lang gegen einen populären Bundeskanzler verheizen lässt und bei dem eigentlich nicht geplant ist, dass er es selber mal wird.

18.09.18 06:05

Treffende Analyse mit abschreckender Wirkung auf Kandidaten.

WHATSAPP



FPÖ DIE SOZIALE HEIMATPARTI
BREAKING NEWS
Rekordarbeitslosigkeit in der SPÖ
Kern weg!
Schieder weg!
Lercher weg!

GEFÄLLT MIR



HC Strache

24.09.2018

Ein kleiner Beitrag, ganz im Zeichen der Fitness und des Sports, im Rahmen der Europäischen Woche des Sports in Wien :-)



42.006 Personen haben das Video gesehen.

Nicht nur der längstdienende parteichef Österreichs, sondern auch der fitteste – hier beim Training.

Journalisten verweigern Arbeit: Jubel über „Integrationsfreude“

Deutsches „Integrationsbarometer“: Manipulation per Umfrage?

Das Integrationsklima in Deutschland ist ungebrochen gut, jubelten Zeitungen und TV-Sender – ohne die Umfrage genauer anzusehen.

Das „Integrationsbarometer“, eine Befragung zum „Integrationsklima“ in Deutschland, brachte mit seiner jüngsten Umfrage die Zeitungen und TV-Sender, private wie öffentlich-rechtliche, zum Jubeln. „Die Mehrheit der Menschen hält Migranten nach wie vor für eine Bereicherung und befürwortet Zuwanderung“, befand „Spiegel online“ über den „empirischen Befund“.

Umfrage als Studie verkauft

Nur wurde die „Studie“ von einem Marktforschungsinstitut durchgeführt. Von den mehr als 140.000

72%
... der Befragten ohne Migrationshintergrund denken, dass Flüchtlinge Deutschland kulturell langfristig bereichern werden.
Wenn Arbeitsverweigerer eine Umfrage „auswerten“.

angerufenen Personen kamen schlussendlich 9.298 in die „Repräsentativumfrage“. Davon waren gerade 2.720 Personen Deutsche, aber 1.479 türkischstämmige und 1.760 Migranten aus aller Welt, sowie 379 „Flüchtlinge“.

Und wie kam das „positive Ergebnis“ zustande? Durch eine höchst seltsame Auswertung: Hat

ein Befragter 15 Fragen zur Integration negativ und nur eine einzige Frage mit „eher positiv“ beantwortet, dann schätzt er das Integrationsklima in Deutschland bereits positiv ein. Und über diesen „empirischen Befund“ jubeln Journalisten, für die Recherche ein Fremdwort ist. Arbeitsverweigerung könnte man das auch nennen.

FPÖ IN DEN MEDIEN

Nicht mehr eine Auseinandersetzung der politischen Ideen, sondern eine der Geschlechter befürchtet „Die Presse“ nach den jüngsten Obmannrochaden bei den Oppositionsparteien. Nach Beate Meinl-Reisinger (NEOS) und Maria Stern (Liste Pilz) wird auch die größte Oppositionspartei, die SPÖ, nach dem überstürzten Abgang von Christian Kern jetzt von einer Frau angeführt, Pamela Rendi-Wagner. Dieser geballten Frauenpower sieht „Die Presse“ jetzt die Koalitionsparteichefs Sebastian Kurz und HC Strache ausgesetzt.



Im „Pyjama-Bomber“ begleitete die „Kronen Zeitung“ FPÖ-Verkehrsminister Norbert Hofer und FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky ins Südtiroler Bozen. Wegen der schlechten Verkehrsverbindung Wien-Bozen wählte man den Flug per Kleinflugzeug, an dem Hofer Teilbesitzer ist. Gesteuert wurde das Flugzeug von Norbert Hofer höchstpersönlich, unter dem wachsamen Auge seines Fluglehrers Mario Bratusek.



KULTURRING BRIGITTENAU
Wir besuchen
am Freitag, 12. Oktober 2018 die Ausstellung
DIE GROSSEN MEISTER
Treffpunkt: 12.00 Uhr direkt vor der Votivkirche, Rooseveltplatz, 1090 Wien
Wir freuen uns, wenn Sie dabei sind!
Eintritt: € 15,50 (€ 12,50 für Pensionisten)

Wiener Kammerspiele, quo vadis?

Sitzt man bei „VIER STERN STUNDEN“ in der Mitte, kann man ohne Pause nicht gehen

Säße das Publikum in einer Quizveranstaltung und bekäme nach zehn Minuten folgende Frage gestellt: Wie geht das Stück aus? 98 Prozent würden richtig tippen.

Wenn ein Theaterstück so spannungslos daherkommt, kann wenig Erfolg vorhergesagt werden. Doch weit gefehlt, der Schlussapplaus war enorm. So kann man sich täuschen.

Es spielen: ein superbekannter Romanschriftsteller, von „Kultur“-Fragen ermüdet und mit der Frage konfrontiert, warum er denn eigentlich hier sei; ein Jung-Kulturhotelier, der mit Kultur nix am Hut hat; eine frustrierte Dame, betont auf „jung“ getrimmt; eine im Kulturhotel angestellte Interviewerin für prominente Gäste, die ihrer kommenden Aufgabe nervös entgegenblickt.

Es kommt, wie es kommen muss.

Folge-Erscheinungen

Die Frau des Romanciers teilt ihrem Ehegespons mit, dass sie es satt hat, mit ihm zu leben.

Der Schriftsteller ist verblüfft, muss aber den Entschluss der Ehefrau akzeptieren. Die beiden gehen auseinander.

Die potentielle Interviewerin trifft den Hotelier und teilt ihm mit, dass sie dieses ewige Aufrechterhalten des in diesem Haus üblichen Kults um das „Kulturerbe“ satt hat.

Dadurch trifft sie beim Junghotelier den Nagel auf den Kopf, auch er, der von dem Ganzen eh nichts versteht, ist dieser Meinung.

Und so geschieht halt, was die 98 Prozent schon seit eineinhalb Stunden geahnt haben. Ich verrate Ihnen die Riesenüberraschung nicht. Außer dass die ebenfalls vorkommende, in eine schwarze Burka gehüllte Frau für die Handlung völlig entbehrlich ist. Ohne sie hätte man sich mindestens zehn Minuten erspart.

Stunden ohne Sterne

Warum Herr Daniel Glattauer, der Autor dieser 90 Minuten, den Titel „VIER STERN STUNDEN“, und zwar genauso, also falsch ge-



Daniel Glattauers „VIER STERN STUNDEN“: Selfie mit wenig Inhalt.

schrieben, gewählt hat, vermutet man. Vielleicht sollen hier die Sternstunden vierer Menschen gezeigt werden, die Altes abgestreift und endlich das vermeintliche Lebensziel gefunden haben. Komprimiert in lange neunzig Minuten ohne Pause. Wie's sonst gemeint sein kann, weiß ich nicht.

Ein Sternminütchen war aber

auch in dem Stückchen versteckt. Der Unterschied zwischen der Vorsilbe „ent“ gegenüber der Vorsilbe „ver“ wurde in einer Diskussion deutlich gemacht. Entlassen ist also besser als verlassen. Daraus kann man ein sprachorientiertes Gesellschaftsspiel machen.

Für mich war's der Höhepunkt.

Herbert Pirker

EINLADUNG zum OKTOBERFEST der FPÖ-Liesing

FPÖ
DIE SOZIALE HEIMATPARTEI
BEZIRKSGRUPPE LIESING

mit unserem Ehrengast
Generalsekretär und EU-Delegationsleiter

Harald Vilimsky

FREITAG

18.00-22.00 Uhr

05
OKT

Gasthaus Koci

Draschestraße 81, 1230 Wien

Livemusik

**Bieranstich:
mit unserem Ehrengast**

www.liesing.fpoe-wien.at



Einladung zum
**Familienfest des
Vizekanzlers**

Gemeinsam den politischen Umschwung in Österreich feiern mit Bürgern, Abgeordneten und Regierungsmitgliedern an einem Tisch. Wir freuen uns auf euch!

Sonntag, 7. Oktober 2018
Kolariks Luftburg · Prater 128
Von 11.00 bis 18.00 Uhr

- 11.00 Uhr: Musik mit der John Otti Band
12.00 Uhr: Live-Interviews mit Regierungsmitgliedern,
Vizebürgermeister und Klubobmann
13.00 Uhr: **Rede Vizekanzler Heinz-Christian Strache**
Im Anschluss Bieranstich

Familien mit Kindern
herzlich willkommen
- Kinderspielplatz
- Hüpfburg
- Kinderschminken
- und vieles mehr ...